1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

November 1977 | 11. Jahrgang | Extrablatt

Bonn braucht den Terror

Vor dem VW-Werk in Wolfsburg marschierten sie auf und vor Bayer in Leverkusen: Schwerbewaffnete Polizeikommandos riegelten Werkstore ab, sperrten Zufahrtsstraßen, machten Gesichtskontrolle. Und nicht nur in Wolfsburg oder Leverkusen: Vor Zechen im Ruhrgebiet, in U-Bahnen, die im Morgengrauen Hamburgs Werftarbeiter in den Hafen bringen, überall mußten Werktätige in die Mündungen von Maschinenpistolen blicken. So begann die „Stunde der Fahndung", wie sie nach Schleyers Tod von Regierungssprecher Bölling im Fernsehen angedroht worden war.

Aber es blieb nicht bei den angekündigten drei, vier Tagen. Wochen ist es jetzt schon her, daß sie den Arbeitgeberboß unter die Erde gebracht haben, und noch immer bestimmt die „Fahndung total" das alltägliche Bild in unserem Land. Fahndung nach wem denn? Nach den 16, deren Bilder jetzt in jeder Post, an jedem Bahnhof hängen, nach den Schleyer-Entführern und Buback-Attentätern? Längst haben allerorten Polizeisprecher in zynischer Offenheit erklärt: „Die Terroristen haben sich doch längst ins Ausland abgesetzt."

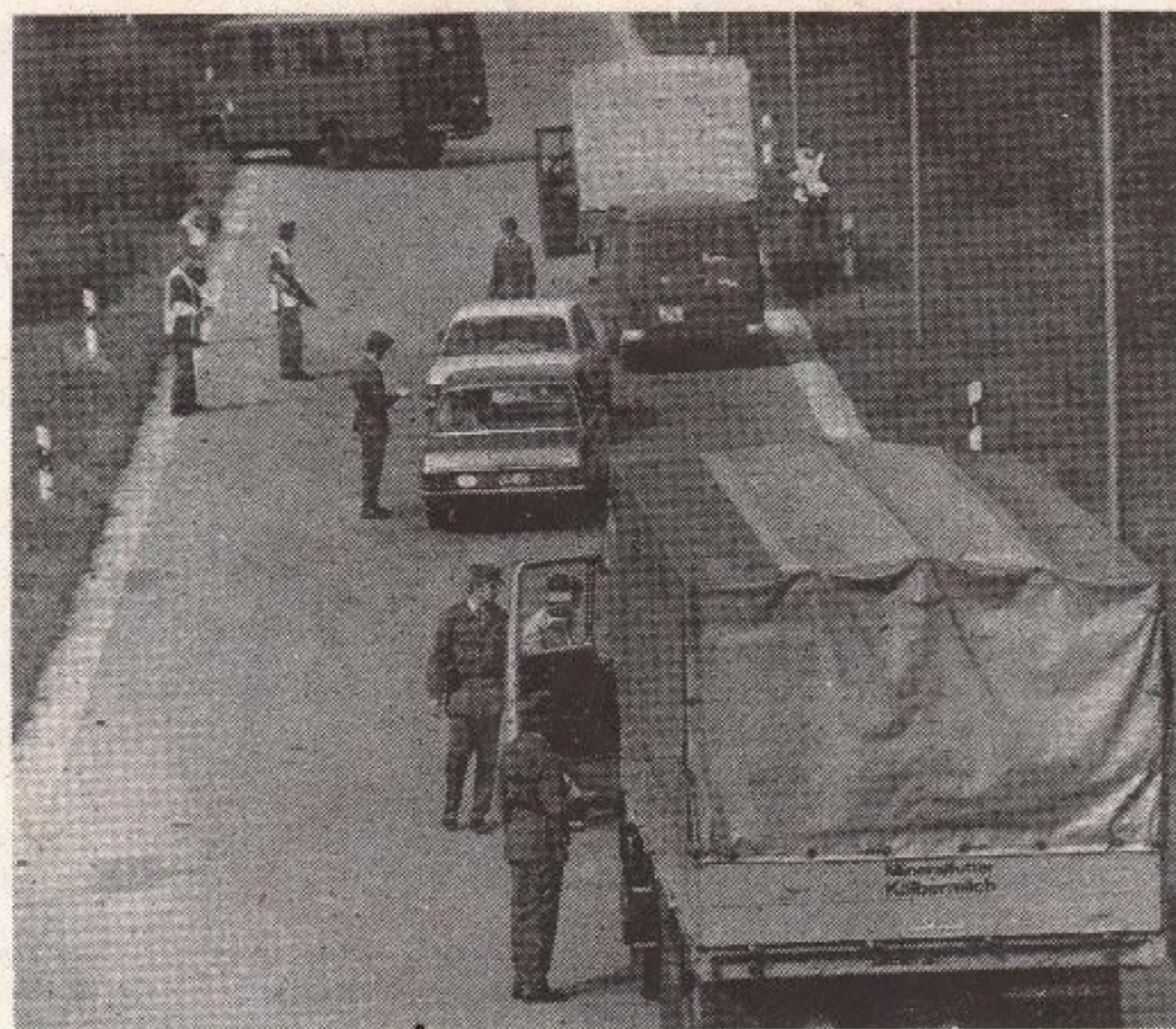
Warum dann die ganze Aktion? Warum plärrten ihre Lautsprecherwagen tagelang durch die Wohnviertel? Und was hatten ihre MP-Kommandos vor den Betrieben zu suchen? „Die wollen uns doch nur ihre Macht demonstrieren." Das sagte einer der VW-Arbeiter, die vor den Läufen der Maschinenpistolen Spießrutenlaufen mußten. Natürlich, da hat doch keiner der Herren in den Ministerien und Polizeipräsidien auch nur im Traum daran gedacht, sie könnten einen der steckbrieflich Gesuchten ausgerechnet vorm Werkstor abfangen, zu Schichtbeginn aus einer U-Bahn holen. Ja, sie wollen ihre Macht demonstrieren, sie wollen uns, die Werktätigen, wieder daran gewöhnen: an Maschinenpistolen und Panzerwagen, an Straßensperren und Großrazzien.

Die Herren in Bonn haben das Schleyer-Attentat, haben die verbrecherische Flugzeugentführung benutzt, um hier ein Klima zu schaffen, wie man es seit den Tagen der Hitler-Diktatur nicht mehr gekannt hat, ein Klima der Angst, der Unsicherheit, der Bedrohung. Es ist doch fast schon wie ein Ausnahmezustand: Da riegeln sie ganze Stadtviertel ab und durchkämmen die Häuser, Wohnung für Wohnung. Türen werden aufgebrochen. Durchsuchungsbefehl? Da erntet man nur Hohngelächter. Im Fernsehen, in den Zeitungen wird offen zur Denunziation aufgerufen. „Die Terroristen von heute, das sind die netten jungen Leute von nebenan", hetzt „Bild". Jeder soll jeden bespitzeln. Anruf genügt — natürlich anonym. Oder eine Postkarte ohne Absender.

Jeder soll jeden bespitzeln

Und dann stehen einige „unauffällige" Herren an der Wohnungstür: „Wir haben da einen Hinweis bekommen." Oder es geht einem so wie dem Kollegen in einer Stadt im Ruhrgebiet, der sein Auto auf der Straße reparierte und sich plötzlich von schwerbewaffneten Polizisten umstellt sah: auch so ein „Hinweis". Er sollte mit Waffen hantiert haben. Ja, jeder soll jeden bespitzeln. Jeder soll seinem Nachbarn mißtrauen. Genaue Hinweise werden verbreitet, worauf zu achten ist: Ob er Besuch empfängt oder seinen Müll selbst wegfährt. Ob er im Keller bastelt oder Druck-Erzeugnisse in seine Wohnung trägt. Jeder soll solche „Erkenntnisse" zur Polizei tragen. Und bist du beim Staat beschäftigt, dann bist du sogar dazu verpflichtet — unter Androhung von Strafe.

Und auf der Arbeit, in den Betrieben? Natürlich, unsere Kollegen, die kennen wir, da wissen wir, wem wir trauen können. Aber ist es nicht heute schon so, daß man sich lieber erst mal umschaut, bevor man seine Meinung sagt? Es könnte ja einer 'rumstehen und lange Ohren machen. In Düsseldorf bei der Deutschen Bank haben sie einen Angestellten kurzerhand rausgeschmissen, weil er den Buback einen „Kriegsverbrecher" genannt hat. Jemand hatte es aufgeschnappt. In einer Druckmaschinenfabrik in Frankenthal mußte ein Arbeiter von einem Tag auf den anderen seine Papiere holen. Er hatte auf ein Fahndungsplakat des BKA draufgeschrieben: „Schleyer — Kapitalistenschwein". Und ein reaktionärer Meister hatte ihn dabei gesehen.



Die Stunde der Fahndung: „Sie wollen uns ihre Macht demonstrieren."

In Hamburg hat ein Lehrer die Schleyer-Entführung im Unterricht durchgenommen und das Attentat verurteilt. „Wer war denn der Schleyer", fragten die Schüler. Und der Lehrer erwähnte, daß dieser Kapitalistenboß früher SS-Führer war. Aber das war zuviel. Der Schulsenator Apel (SPD) schreibt sofort einen Brief an alle Lehrer der Hansestadt. Darin heißt es: „Das Aufspüren von dunklen Punkten in der politischen Vergangenheit von Opfern des Terrorismus ist menschlich gesehen geschmacklos, politisch aber abwegig." Daß Schleyer in der SS war, dürfen die Hamburger Lehrer nicht sagen. Der, der es trotzdem getan hat, wird Gegenstand von Ermittlungen.

Zur gleichen Zeit erklärt vor dem Bonner Bundestag der Minister Vogel die „bis zum Exzeß getriebene Gesellschaftskritik" zu einer Ursache des Terrorismus. Wahrhaftig, es ist die Stunde der Fahndung, die Stunde der Hexenjagd gegen alle, die nicht die Hacken zusammenknallen und im Geiste strammstehen. Die nicht mitheulen im Chor der Terroristenhysterie. Die „den Finger auf die dunklen Punkte" legen, die „Gesellschaftskritik" betreiben, Kritik am kapitalistischen System der Bundesrepublik. Und diese Stunde der Fahndung, der Hexenjagd, die wird nicht etwa wieder abgeläutet nach einiger Zeit.

Oh nein, sie fängt erst richtig an. Denn es geht ihnen ja nicht um die 16 Attentäter, die sie ohnehin längst im Ausland wähnen. Es geht ihnen um uns, um die Werktätigen, um uns, die sich nicht den Mund verbieten lassen wollen. Als sie Schleyer eingruben, sagte Scheel am Grab: „Der Tod Hanns Martin Schleyers ist ein Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir müssen ihn als Einschnitt begreifen." Und: „Nichts wird mehr sein, wie es war", hieß es in der Springerpresse.

Sie wollen ein Volk von Ja-Sagern

Was das bedeutet? Die Herren wollen andere Saiten aufziehen. Sie wollen, wie es im Fernsehen einer offen sagte, Schluß machen mit der „Idylle des Rechtsstaats". Sie wollen Verhältnisse schaffen, wie sie heute in der sozialfaschistischen DDR bestehen. Oder wie viele Kollegen sagen: „So hat das doch damals auch angefangen." Sie erinnern sich noch sehr gut daran, wie Hitler aus den Deutschen ein Volk von Ja-Sagern machen, wie er es in seine faschistische „Volksgemeinschaft" pressen wollte. Und wohin hat das geführt? In den KZ-Staat, zu Massenmorden, zu Blut und Elend. Und heute? Viele Werktätige sind besorgt um die Zukunft, besorgt darum, daß es wieder so werden könnte. Die Herren in Bonn haben ihr Dauergeschrei angestimmt über die „Terroristenangst" in unserem Land. So, als ob sich ein ganzes Volk fürchten würde vor 16 gesuchten Attentätern und ihren Helfern. Nein, sie selbst sind es — die MP-Kommandos ihrer Polizei, ihre Gesinnungsschnüffler und Terrorrichter, von denen sich die Werktätigen immer mehr bedroht fühlen.

Und jeden Anschlag, von Drenkmann über Ponto bis zu Schleyer, haben diese Herren ausgenutzt, um die Schraube noch weiter anzuziehen, um noch ein paar Milliarden mehr locker zu machen für BGS und Staatsschutz, für Maschinengewehre und Panzerwagen, um immer neue Terrorgesetze im Bundestag durchzupeitschen, die Rechte des werktätigen Volkes immer weiter abzubauen.

Und dann stellen sich solche Typen hin wie der SPD-Boß Brandt, der so gerne auf links und fortschrittlich macht, und sagen unter dem Beifall von DKP-Revisionisten und Gewerkschaftsbonzen: Uns ist ja selbst nicht so ganz wohl dabei. Aber es sind eben die Aktionen der Terroristen, die die Härte des Staates provozieren. Diese Heuchler! Glauben sie denn, wir hätten keine Augen im Kopf? Wie war es denn damals vor zehn Jahren, als es noch keine „Terroristen", keine RAF gab? Da plazierte der Verfassungsschutzagent Urbach in Berlin eine Bombe höchstpersönlich in eine Wohngemeinschaft, um den staatlichen Terror gegen die damalige Jugend- und Studentenbewegung zu „rechtfertigen". Das war der Anfang. Dann gab es die Bombe im Bremer Hauptbahnhof, von der die Polizei merkwürdigerweise schon wußte, bevor sie überhaupt detonierte. Schließlich, in den letzten Monaten haben sie die „Terrorbewegung Roter Morgen" erfunden, und ihr alle möglichen Anschläge in die Schuhe geschoben. Der Zweck war deutlich: Sie wollen das Zentralorgan unserer Partei, den „Roten Morgen", sie wollen die KPD/ML in die Terroristenecke drängen.

Verbrecher und Polizeiprovokateure

Wie war es '33? Da steckten die Nazis den Reichstag an, beschuldigten die Kommunisten der Brandstiftung und entfachten den blutigen Terror gegen die KPD, zerschlugen die Gewerkschaften usw. Wahrhaftig, die Herren haben sich ihre Provokationen noch immer selbst geschaffen. Wenn sie sich nicht solcher Verbrecher wie jetzt der Luftpiraten von Mogadischu bedienen können, dann helfen sie eben selber nach oder suchen sich einen van der Lubbe. Und immer versuchen sie, mit solchen Terroranschlägen gegen das Volk die Kommunisten in Verbindung zu bringen, um Spaltung in die Reihen der Werktätigen zu säen, sie gegen die Kommunisten aufzubringen, sie wehrlos zu machen gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie.

Aber wir müssen uns wehren, einheitlich und geschlossen. Wir, die kein neues '33, keine neuen KZs, keine neue Blutdiktatur wollen. Wenn unsere Unterdrücker unverhüllt sagen, daß nichts mehr so sein soll, wie es war, wenn sie von dem Einschnitt in der Geschichte unseres Landes sprechen, nach dem sich alles ändern soll, dann ist höchste Wachsamkeit geboten.

Und auch im Ausland wächst immer mehr die Besorgnis über den Kurs des Bonner Staates. Die Völker der europäischen Nachbarländer, die unter dem Terror der Nazibesatzer gelitten haben, nehmen es nicht hin, wenn sich heute ein Schmidt als der Zuchtmeister Westeuropas aufspielt, wenn der abgeurteilte Kriegsverbrecher Kappler mit der kaum noch verhüllten Unterstützung Bonns entführt wird und in der Bundesrepublik seinen geruhsamen Lebensabend verbringen kann. In der Bundesrepublik, wo Antifaschisten verfolgt und eingekerkert werden, wo die Hexenjagd gegen links betrieben, Berufsverbote verhängt, politische Gefangene in Isolationshaft genommen werden.

Die Blutnacht von Stammheim

Und nach der Blutnacht von Stammheim, da wuchs auch im Ausland die Empörung. „Das war Mord", hieß es in manchen Zeitungen. So brachte eine französische Zeitung eine Karikatur von Schmidt, zwei Finger der rechten Hand zum V-Zeichen hochgereckt: Die beiden Finger waren rauchende Pistolenmündungen. Wie hatten die Herren in Bonn nicht laut „Selbstmord" geschrien — da lagen die Körper der Toten noch in ihren Zellen. Aus diesem Geschrei klang die nackte Angst heraus, die Angst, daß man ihnen nicht glaubt. Sie hatten ja schon Wochen vor der Blutnacht über die Gefangenen von Stammheim die „Kontaktsperre" verhängt, den faschistischen Ausnahmezustand in den Zellen errichtet.

„Kontaktsperre" — völlige Entrechtung der Gefangenen, vollständige Isolation, ausgeliefert der brutalen Willkür der Staatsschutzorgane. Da ist ein Teil des KZ-Staates schon verwirklicht, das weckt die Erinnerung an Oranienburg und Bergen-Belsen, an die gemarterten Körper der ermordeten Antifaschisten, an die Berichte, in denen stand: „Auf der Flucht erschossen", oder „Selbstmord durch Erhängen". In diese „Kontaktsperre" hinein die unverhüllte Drohung des SPD-Ministerpräsidenten Kühn, der Tod Schleyers würde auf die Stammheimer Gefangenen „schwer zurück-

wirken". Das Geschrei in der CSU, man müßte alle halbe Stunde einen politischen Gefangenen erschießen.

Und dann am 18. Oktober die Nachricht: Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan-Carl Raspe — tot. Die Hektik des Großen Krisenstabs, der längst zu einer Art Notstandsregierung geworden ist. Die Versuche, sich zu verteidigen. Ausländische Gutachter müssen her, „amnesty international", sogar die Anwälte der Toten. Alle sollen es bezeugen: „Selbstmord". Aber es gibt keine Antwort auf die Fragen: Wie kommen die Pistolen in die Zellen, warum keine Fingerabdrücke, woher kommt die Sandschicht an Andreas Baaders Schuhen? Und schließlich erklärt Irmgard Möller, die einzige Überlebende des Massakers: Das ist kein Selbstmord gewesen. Wie sehr die Herren auch versuchen, die Spuren zu verwischen, die Widersprüche zu vertuschen, unter den Werktätigen, in den Betrieben wird immer häufiger gesagt: „Wir glauben nicht an Selbstmord." Ja, das ist es, was die Herren in Bonn bestürzt. Man glaubt ihnen nicht. Man traut ihnen schon wieder alles zu. Und wie soll es weitergehen?



Mit brutalen Polizeieinsätzen versuchte die Polizei den Streik der Druckereiarbeiter 1976 niederzuschlagen. Die Kollegen aber ließen sich nicht einschüchtern, kämpften nur noch entschlossener für ihre Interessen.

Sie planen die „Schutzhaft" für streikende Arbeiter

Schon haben sich Regierung und Opposition darauf geeinigt, in den nächsten Monaten die „Sicherungsverwahrung" durchzusetzen. Sicherungsverwahrung? Früher hieß es Schutzhaft, früher bei den Nazis. Und in Schutzhaft genommen wurden alle die, die den Faschisten nicht paßten, die ihnen gefährlich waren. Das Schutzhaftgesetz war die „rechtliche" Grundlage für den Aufbau ihrer KZs. Und jetzt soll es wieder so sein.

Jetzt soll jeder, der gegen den Bonner Unterdrückerstaat kämpft, jeder Kommunist, jeder Führer eines wilden Streiks, jeder Bauer, der mit seinem Traktor einen KKW-Bauplatz besetzt, jeder Jugendliche, der militant gegen Fahrpreiserhöhungen oder für ein Jugendheim kämpft, sicherungsverwahrt werden können. Was das heißt? Die Gesetze, ihn einzusperren, die haben sie sich längst geschaffen. Aber jetzt brauchen sie ihn nicht mehr, hat er seine Strafe abgesessen, zu entlassen. Sie können ihn weiter einkerkern, weil er ja ein „Sicherheitsrisiko" für sie ist, vier Jahre, zehn Jahre oder bis an sein Lebensende. Das ist die „Sicherungsverwahrung": Lebenslänglich für jeden, den die Unterdrücker zum Staatsfeind, zum Sicherheitsrisiko ihrer Herrschaft erklären.

Und das ist noch nicht alles. Schon schreit der Justizminister Vogel, und der CDU-Boß Dregger pflichtet ihm bei, nach einem umfassenden „Sonderrecht für politische Straftäter". Es sind jetzt schon über 70 Gesetze zur weiteren politischen Unterdrückung, über die in Bonn hinter den Kulissen, in den Ausschüssen beraten wird, von der Einschränkung des Demonstrationsrechts bis zur totalen Überwachung der Telefongespräche und des Briefverkehrs. Mit ihrem „Sonderrecht" wollen sie aus alledem ein einheitliches Terrorgesetz machen, wollen sie die völlige Entrechtung der Werktätigen betreiben. „Sonderrecht", das gab es schon einmal, das war schon einmal die direkte Vorbereitung für den Faschismus. Mit dem Sonderrecht haben sie in der Weimarer Republik die Massenverhaftung von kämpfenden Arbeitern betrieben, das Verbot der kommunistischen Presse, während sich die braunen Horden sammelten unter dem Schutz des „demokratischen" Staates, unter dem Schutz der SPD-Minister, und auf ihre Stunde warteten.

Und so soll es wieder kommen? Auch heute rotten sich ja die faschistischen Banden wieder zusammen, und wieder unter dem Schutz des Staates. Des Staates, der gegen das Volk aufrüstet, sich immer neue Einsatzkommandos, Polizeisondereinheiten schafft. Diesem Staat, der selbst immer offener Kurs auf den Faschismus nimmt, sind die neuen Nazibanden eine willkommene Unterstützung. Diese Gangster, die immer brutaler das Volk terrorisieren, die Kommunisten und Antifaschisten auf offener Straße überfallen, sie sollen dem Staat die Drecksarbeit abnehmen — heute mit der Stahlrute, morgen mit dem Revolver. Das Mobile Einsatzkommando und die „Wehrsportgruppe Hoffmann" — das sind nur zwei Seiten einer Medaille, der Vorbereitung des Faschismus.

Und die Vertreter dieses Staates, ausgerechnet sie schreien jetzt gegen die Gewalt, gegen ihre Befürwortung, Verherrlichung usw., usf. Anklagend zeigen sie dabei auf die Verbrechen der Luftpiraten und uns, die Kommunisten, begeifern sie als „Sympathisanten". So wollen sie es hindrehen. Uns wollen sie ihre Verbrechen und die ihrer objektiven Handlanger in die Schuhe schieben. Aber wir verurteilen das Gangsterstück der Luftpiraten genauso wie wir die Bombe im Bremer Hauptbahnhof verurteilen. Egal, was da noch kommen mag, der Abschuß von Lufthansa-Maschinen, wie in der „Bild"-Zeitung schon angekündigt, oder eine Bombe, die in irgendeinem Café explodiert, egal, wer immer dahintersteckt, ob die bezahlten Provokateure und Lockspitzel der Staatsschutzorgane oder irgendwelche anderen Verbrecher — all das ist Terror gegen das Volk, gegen die Werktätigen.

Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her!

Aber heißt das, daß wir Pazifisten sind, daß wir jede Gewalt verurteilen? Oh nein, wenn sich die streikenden Druckereiarbeiter gewaltsam gegen die Streikbruch-Kommandos der Polizei zur Wehr gesetzt haben, wenn die Bauern und Winzer von Wyhl gewaltsam einen Bauplatz besetzt haben, um die Errichtung eines menschenfeindlichen Atomkraftwerks zu verhindern, dann standen wir auf ihrer Seite, dann war diese Gewalt gerecht und notwendig. Die Gewalt des Volkes und die Gewalt gegen das Volk, das sind zwei ganz verschiedene Paar Schuhe.

Wir sind für die revolutionäre Gewalt. Und wir haben immer klar gesagt, daß das kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung nur durch die revolutionäre Gewalt beseitigt werden kann, durch die sozialistische Revolution, in der die Arbeiterklasse an der Spitze des werktätigen Volkes den bürgerlichen Staat zerschlagen und an seiner Stelle den Arbeiterstaat, die Diktatur des Proletariats, errichten wird.

Warum bauschen die Herren in Bonn denn die Aktionen der „Terroristen" so auf? Genau aus diesem Grund, um solche Aktionen gleichzusetzen mit dem revolutionären Klassenkampf, um, wie es einer von ihnen im Düsseldorfer Landtag forderte, „Haß, Klassenkampf, Staatsverdrossenheit, Gewalt" zum Staatsverbrechen zu machen. Heute erklären sie unsere Partei, die KPD/ML, zum „Reservoir der Terroristen", betreiben sie ihr Verbot. Morgen werden sie jeden Arbeiter und Angestellten, jeden Bauern, jeden Jugendlichen, der sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehrt, zum Terroristen stempeln.

Sie steigern ihre maßlose Hetze gegen die revolutionäre Gewalt. Keine Rede der Bonner Politiker, keine Bundestagsdebatte, in der nicht beschworen wird, die „Gewalt dürfe nicht zum Mittel der politischen Auseinandersetzung werden." Ja, wer sind sie denn? Glauben sie etwa, wir würden ihre Verbrechen vergessen, die Verbrechen der Bourgeoisie und ihres Staates? Die Tausende, die jährlich, verschuldet durch kapitalistische Profitgier, bei Arbeitsunfällen ihr Leben lassen müssen. Die Hunderte Werktätiger, die einer schießwütigen Polizei zum Opfer fielen. Die Hunderttausende, die — aus den Betrieben rausrationalisiert — jetzt stempeln gehen müssen. Die arbeitslosen Jugendlichen, denen dieses kapitalistische System keine Existenz und keine Perspektive bieten kann.

Das deutsche Volk will kein neues '33

Die Herren der Banken und Konzerne und ihre Bonner Politiker, die nach der Entführung der Lufthansa-Maschine in Krokodilstränen ausbrachen und sich als unsere Beschützer vor den Anschlägen der „Terroristen" aufspielten, sie kümmert unsere Existenz, unsere Gesundheit und unser Leben in Wirklichkeit einen Dreck. Was sie kümmert, das sind einzig und allein ihre Profite. Dafür haben sie Millionen Menschen auf den Schlachtfeldern zweier Weltkriege verbluten lassen. Um ihre Ausbeuterherrschaft vor dem Ansturm des revolutionären Klassenkampfs zu retten, haben sie ihre blutige faschistische Diktatur errichtet und schrankenlosen Terror über das deutsche Volk gebracht.

Und jetzt, wo sich die kapitalistische Krise verschärft, wo die Kämpfe der Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung anwachsen, jetzt nehmen sie wieder Kurs auf den Faschismus. Aber glauben sie denn, es wird sich ihnen niemand in den Weg stellen? Das deutsche Volk will kein neues '33, keinen neuen KZ-Staat. Und wenn sie noch so sehr hetzen gegen die revolutionäre Gewalt, wenn sie sich immer neue Gesetze gegen das Volk schaffen, wenn sie ihr Bürgerkriegsheer aufrüsten — damit können sie den revolutionären Klassenkampf nicht ersticken. Damit können sie nicht verhindern, daß immer mehr Arbeiter, immer mehr Werktätige erkennen: Dem Terror, der Gewalt der Bourgeoisie gegen das Volk kann nur mit der revolutionären Gewalt des Volkes begegnet werden.

Tod dem Faschismus!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Herausgeber: ZK der KPD/ML. Verlag G. Schneider, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, Dortmund.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel. 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.